

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: A. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. L. Damm, Invalidentank. Berlin: Bernh. Arnst, Max Gertmann, Elberfeld: W. Thienens, Greifswald: G. Müller, Halle a. S.: Jul. Bard & Co., Hamburg: Joh. Neuberger, A. Steiner, William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Gieseler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

### Die Kabinetsskizze in Wien.

Wie aus Wien gemeldet wird, wurde gestern Vormittag dem Kaiser das Rücktrittsgesuch des Generalministers überreicht. Den Anstoß zum Abzuge der Kiste gab die Verhandlung, die Graf Badeni mit den Vertretern des liberalen Großgrundbesitzes führte. In dieser Verhandlung legte Graf Badeni den Großgrundbesitzern die bühnige Frage vor, ob sie sich entschließen könnten, in eine aus Polen, Tschechen und deutschliberalen Abgeordneten zu bildende Mehrheit einzutreten. Die deutschen Großgrundbesitzer antworteten, nicht in der Lage zu sein, sich dieser Mehrheit anzuschließen, da es ihnen unmöglich sei, mit den Tschechen gemeinschaftlich die deutschen Abgeordneten aus Böhmen zu bekämpfen, und daß die Sprachenverordnung ein Hindernis bilde, um alle deutschfortschrittlichen Abgeordneten dieser Mehrheit zuzuführen. Graf Badeni erklärte hierauf, daß er unter solchen Umständen seine Entlassung gebe, weil er nicht die Abicht habe, eine Mehrheit mit Hilfe der katholischen Volkspartei, deren Obmann Dipauli ist, zu bilden. Der „N. Fr. Pr.“ zufolge überreichte Graf Badeni seine Entlassung in der Absicht, dadurch auch gegenüber den Tschechen freie Hand zu bekommen. Er hätte den Irrtum erkannt, den er durch die weitergehenden Bestimmungen der Sprachenverordnung begangen habe, doch sei er sich klar, daß der einzige Weg zur geplanten Bildung einer liberalen Mehrheit nur durch eine Verhinderung zwischen Deutschen und Tschechen über den Frieden in Böhmen und nicht durch einseitige Verordnungen zu finden sei. Wenn Graf Badeni mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden sollte, werde er auf Grund der geänderten Verhältnisse den Versuch, eine Mehrheit aus liberalen Deutschen, Tschechen und Polen zu bilden, erneuern, ohne durch die Zusage der Sprachenverordnung bereits gebunden zu sein. An die vereinzelte Ausschließung Tschechen und Galizier werde in diesem Augenblick nicht gedacht, da Graf Badeni die Absicht habe, eine Mehrheit zu bilden, die mit dem Verbleiben dieser beiden Minister im Amte vereinbar wäre. Es werde eine Aktion eingelegt werden, um einen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen herbeizuführen. Jedoch können Zwischenfälle eintreten, welche die politische Lage wieder vollständig verändern. Diese Darstellung begegnet aber in den Abgeordnetenkreisen starken Zweifeln bezüglich ihrer Wichtigkeit für die Zukunft. Unter den deutschliberalen Abgeordneten verläutelt nämlich bestimmt, daß entweder das umgestaltete Ministerium Badeni oder ein ganz neues Kabinett die Aufgabe erhalten werde, sich auf eine ausschließlich aus den Deutschen und den Jungtschechen gebildete Parlamentsmehrheit zu stützen und die Deutschliberalen mit Rücksicht auf ihre Ablehnung der Sprachenverordnung vollständig zu übergehen. Das neue Ministerium würde demnach die Polen, Jungtschechen, Südböhmen, Deutschliberalen und Christlichsozialen zur Seite haben, deren Vertreter zusammen die Mehrheit des Parlaments bilden. Die der Regierung nahestehenden Kreise betrachten die Krise als sehr ernst. Das unter den Abgeordneten verbreitete Gerücht, der Kaiser hätte Badeni mit der Wiederherstellung des Kabinetts beauftragt, ist vorläufig ohne Bestätigung geblieben. Der Kaiser hat sich bei der Entgegennahme des Entlassungsgesuchs die Entscheidung vorbehalten. Eine Berufung irgend welcher politischer Persönlichkeiten zum Kaiser ist bisher nicht erfolgt. Sollte, wie vielfach vermutet wird, ein Ministerium der Rechten mit den Jungtschechen in der neuen Mehrheit kommen, dann dürfte Fürst Alfred Siedentzky oder ein anderer Kandidat von gemäßigter liberaler Richtung die Kabinettsbildung übernehmen. Um die Jungtschechen für die neue Kombination zu gewinnen, dürften sie außer der Sprachenverordnung, die sie sicher erhalten, auch die Veränderung des Hofschulwesens als Zugeständnis erhalten, in welchem Falle die Möglichkeit der Klerikalisierung der Volksschule in Böhmen, Mähren und Schlesien jedenfalls ausgeschlossen wäre.

### Zur Bewegung auf Kreta.

Nach einer Meldung der „Post. Korr.“ stände die Verhängung der Großmacht über den künftigen Gouverneur von Kreta unmittelbar bevor, und zwar wird angegeben, daß die Wahl auf den Prinzen Franz Josef von Battenberg, den Bräutigam der Prinzessin Anna von Montenegro, fallen werde. Sicher ist das freilich noch nicht. Dagegen wird jetzt eine Nachricht verbreitet, laut welcher wenigstens einer der vielen bisher schon genannten Kandidaten sicher nicht Gouverneur wird. Der Londoner „Standard“ hatte den General Brialmont als zukünftigen Gouverneur genannt, dieser erklärt jetzt, es sei ihm kein derartiger Vorschlag gemacht worden, übrigens würde er auf keinen Fall die in Rede stehenden Funktionen übernehmen. Die „Post. Korr.“ meldet aus Petersburg, daß das Projekt, betreffend die Feststellung einer neutralen Zone zwischen den türkischen und den griechischen Streitkräften, insbesondere bei der russischen Regierung auf Widerstand gestoßen sei, da das Verlassen der jetzigen Stellungen seitens der Truppen beider Staaten keinen anderen Erfolg als die Verschärfung der strategischen Positionen auf beiden Seiten herbeiführen würde. Das Mittel für die Verhütung eines kriegsartigen Zusammenstoßes zwischen der Türkei und Griechenland müsse in der unmittelbaren Regelung der Kreta-Frage gesucht werden, für welchen Zweck vor allem die Zurückziehung der griechischen Truppen von dieser Insel durchzuführen sei. Diese Ansicht, die ja auch von anderen Mächten geteilt wird, ist jetzt mit der Abreise des Meerbusens von Athen hoffentlich der Verwirklichung näher gebracht. Der Beginn der Operation wird bald erwartet. Ob ihr wirklich, wie die „Times“ nach einer angeblichen Äußerung des Königs von Griechenland meldet, die Kriegserklärung der Griechen an die Türkei auf dem Fuß folgen wird, muß abgewartet werden. Verschiedene in Athen aus Kreta eingelaufene Briefe berichten von großen Leiden, denen in Folge Brodmangels Frauen und Kinder am meisten ausgesetzt sind. Die Türken fahren fort, die Umgebung von Kanea unter den Augen der Europäer zu plündern. Es geht

unter den Christen Kanea das Gerücht, daß die Türken Teile des christlichen Viertels unterminiert haben, um sie beim Aufgeben der Stadt in die Luft sprengen zu können. Dem Gerüchte nach ist der griechischen Regierung mitgeteilt, daß die Flotte der griechischen Flotten von Russland, Deutschland und Österreich vorgeschlagen sei; England schide sich an, in drei bis vier Tagen für die Flotte fertig zu sein. Truppen und Kriegsbedarf werden fortgesetzt in großer Eile an die Grenze geworfen. Dem Wiener Fremdenblatt geht ein interessanter Bericht über den Kampf um das Fort Zazedin am Mittwoch zu, dem wir das Folgende entnehmen: „In der Nacht des Forts Zazedin wurde am Mittwoch verzweifelt gekämpft. Die Ausständigen fielen mit großer Tapferkeit und Entschlossenheit und hielten während einer Stunde dem Geschützfeuer des österreichisch-ungarischen Kriegsschiffes „Tiger“, des britischen Kriegsschiffes „Arden“, des russischen Kriegsschiffes „Grozdniak“ und einer türkischen Fregatte stand. Erst nachdem das britische Kriegsschiff „Camperdown“ mit Verlusten geschossen aus „67-Tonnen“-Geschützen zu feuern begonnen, flohen die Ausständigen nach allen Richtungen. „Grozdniak“ und „Tiger“ landeten den Massen Schrapnels nach, worauf die Türken aus dem Fort ausbrachen und mit Geschützfeuer die Niederlage der Jungtürken vervollständigten. Selbst dann erwiderten die Jungtürken noch das Feuer mit großem Mut, was die Bewunderung aller, welche Zeugen des Kampfes waren, erregte. Die Admirale entschieden, daß es nunmehr überflüssig sei, Zazedin mit europäischen Truppen zu besetzen.“

**Kandia, 2. April.** Zwischen den Ausständigen, den türkischen Truppen und den Bulgarnen fand heute ein blutiges Zusammentreffen mit Kanonen bei Finilia statt. Fortwährend werden Tote und Verwundete herbeigetragen. Erkrankte englische Soldaten wurden in dem besonders errichteten Lazarett im Hafensystem untergebracht.

### Aus dem Reiche.

Dem Senatspräsidenten des Oberlandesgerichts Naumburg, **Geheimen Ober-Rath Dr. Rotholz**, ist nach mehr als 50jähriger Dienstzeit die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension erteilt worden. — Zum **Oberpostdirektor in Siegen** ist der Postratspräsident in Strassburg (Elsaß) ernannt worden. — Wie die „Zeit.“ hört, steht ein Befehl in der **Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte** bevor. Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Vermeß, der der Kommission seit acht Jahren angehört, scheidet aus und wird durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts in Münster, einen Vetter des Zentrumsabgeordneten, ersetzt. Der frühere Präsident des Oberlandesgerichts, Geh. Ober-Rath Dr. Rotholz, gehörte auch der Prüfungskommission an. — In der Stadtverordnetenversammlung ist der Bürgermeister Dr. Strauß mit, daß er der Stadt für die Errichtung eines **Hohenollerndammens** auf dem Marktplatz 3000 Mark schenke. Beigeordneter Friedrichs lieferte für denselben Zweck 1000 Mark. Die Kosten des Brunnens werden sich auf 25 000 Mark belaufen. — Die **sozialdemokratischen Konsumvereine zu Dresden** wollen am 1. Mai nicht schließen, da der Tag auf einen Sonntag fällt, an dem die Arbeiter ihre Einkünfte zu machen pflegen. Bei den früheren Konsumvereinen schlossen die Konsumvereine zwar ihre Verkaufsläden, zahlten aber den Angestellten keinen Lohn für den Tag. — In **Ostpreußen** haben Preußen am 1. April, zum Geburtstag Bismarcks, ihre **schwarz-weißen Fahnen** ausgestellt. Auch das Bismarckdenkmal ist bekränzt und trägt eine schwarz-weiße Schleife. Diesmal hat die Regierung, wohl durch Schanden und Spott kung geworden, keine Schritte gegen diese „preussischen Demonstrationen“ getan. — Wieder führt sich eine jüdische Gemeinde veranlaßt, über das die Gemeinde-Zutreffen so wenig berücksichtigende königliche Konsistorium in Breslau zu klagen. Der in Ventzen a. O. erscheinende „A. d. D.“ schreibt: „Den mehr als 1100 Unterzeichneten des Protestes gegen die **Verurteilung des Pastors Vierbaum** als Pastor prim., an Stelle des von der Gemeinde gewählten bisherigen zweiten Pastors Herrn Meppner, müssen wir die unerschütterliche Mitteilung machen, daß das Konsistorium dieser ausgedehnten allgemeinen Meinung gegenüber sich abweisend verhält und die Berufung des Pastors Vierbaum jedenfalls bestätigen wird. Wie sich bei solchen Verhältnissen die Stellung des neuen Seelsorgers gestalten soll, darauf darf man gespannt sein. Neuerdings ist an den evangelischen Oberkirchenrat in Berlin eine ausführliche Schilderung unserer kritischen kirchlichen Verhältnisse abgegangen, mit der Bitte um Abhilfe.“

### Deutschland.

**Berlin, 3. April.** Die Wiener Blätter aus angeblich antiker Quelle gemeldet wird, trifft Kaiser Wilhelm zu der am 22. April stattfindenden Frühjahrstruppenparade auf spezielle Einladung des Kaisers Franz Josef am 21. April Vormittags in Wien ein und wird am Bahnhof vom Kaiser Franz Josef, von den Erzherzogen und den Spitzen der Zivil- und Militärbehörden empfangen werden. Kaiser Wilhelm steigt in der Hofburg ab. Am 21. April Nachmittags findet zu Ehren des deutschen Kaisers ein Prunkfest statt; Abends ist ein Besuch des Hofopertheaters geplant. Die Frühjahrstruppenparade am 22. April findet unter dem Kommando des Kaisers Franz Josef statt. Kaiser Wilhelm wird die Parade abnehmen. Beim Vorbeimarsch wird Kaiser Franz Josef dem deutschen Kaiser die Truppen vorführen, Kaiser Wilhelm sodann sein Infanterieregiment. Am Mittag des 22. April ist ein Besuch des deutschen Kaisers beim 7. Infanterieregiment in Aussicht genommen; Abends findet dann beim Kaiser ein Festmahl statt. Kaiser Wilhelm geht am 22. April Abends von Wien wieder abzureisen.

Prinz Franz Josef von Battenberg, der jüngste Bruder des verstorbenen ehemaligen Fürsten Alexander von Bulgarien, der sich mit Prinzessin Anna, der jüngsten Tochter des Fürsten Nikolaus von Montenegro, verlobt hat, steht im 36. Lebensjahre; er wurde am 24. September 1861 in Padua geboren, wo damals sein Vater,

Prinz Alexander von Hessen, als Generalmajor ein Brigade-Kommando inne hatte. Der Prinz erhielt eine sorgfältige Ausbildung, beschäftigte sich auch mit wissenschaftlichen Studien und erwarb das Doktorat der Philosophie. Während der Regierung seines älteren Bruders, des Fürsten Alexander, hielt sich Prinz Franz Josef viel in Bulgarien auf, widmete den Zuständen des Landes seine Aufmerksamkeit und schrieb ein Buch über die volkswirtschaftliche Entwicklung Bulgariens, das 1891 erschienen ist. Nach der Abdankung des Fürsten Alexander im September 1886 begleitete Prinz Franz Josef seinen Bruder auf der Reise von Sofia nach Darmstadt. Mit seinem im vorigen Jahre verstorbenen Bruder, dem Prinzen Heinrich, der mit der Prinzessin Beatrice von England verlobt war, lebte Prinz Franz Josef am engsten. Die Verlobte des Prinzen, Prinzessin Anna von Montenegro, steht im 23. Lebensjahre.

Ueber den Verlauf der Geburtstagsfeier Bismarcks in Friedrichsruh wird berichtet: Trotz vorzeitiger Nachtruhe erhob Fürst Bismarck sich um 6 Uhr Abends und begab sich in das aus Schlafzimmern bestehende Arbeitszimmer und von dort nach dem Festzimmer, wo er die Glückwünsche der Familienglieder entgegennahm. Der Fürst, in Zivilkleidung mit weißer Halsbinde, hielt den Schlafputz auf dem Kopf und trat, auf den Handtisch gestützt, ein, und zwar in aufrechter Haltung. Sein Bild war klar, seine Sprache leicht. Er ließ sich einzelne Gegenstände vom Grafen Verderb reichen und nahm Alles eingehend in Augenschein. Besonders aufmerksam betrachtete er die Aquarelle der Kaiserin Elisabeth Neuter, welche Kniehof und Mangard darstellten. Er kritisierte dabei jeden Baum und Strauch. Von da ging er in das Nebenzimmer, wo die Gesandten der engeren Familie sich befanden. Er lobte die von der Gräfin Verderb gestifteten großen Salzkräuter. Sodann betrat der Fürst, leicht auf Kammerdiener Pinnows Arm geleitet, den Speisesaal, wo das Dinner im engsten Familienkreise unter Teilnahme der Doktoren Prof. Schwemmer, Grafen von Westphal stattfand. Der Fürst nahm lebhaft Anteil an dem Gespräch. Graf Verderb teilte auf seinen lieben Vater. Dies war der einzige Trinkbruch. Später wurde der Kaffee im Nebenzimmer eingenommen, wobei der Fürst die Telegramme durchsah. Die Pfeife verbrachte er vorläufig noch, um einen Kauterkei zu verhindern. — Gegen Abend trat Schneefall, vermehrt mit Regen ein, so daß Friedrichsruh in ein Winterfeld gehüllt war. Nach oberflächlicher Schätzung fand bisher etwa 900 Postpöstele eingetroffen, viel mehr als in früheren Jahren. Ein künstlicher angelegter Seitenkanal der Bismarckbrücke in Oberschlesien erregte allgemeine Bewunderung.

Unter Berufung auf die 1895 nach Paris mitgeteilten Verträge hat, wie der „Vand. Korr.“ meldet, die deutsche Regierung sofort gegen das französische Protektorat über Sumatra westlich des Niger protestiert.

Herr v. Büß macht in dem Organ des Bundes der Landwirthe von einer ungenutzten Rede Mitteilung. Er war im Reichstage verhindert, zur Sommerkernvorlage zu sprechen und erklärt nun, daß er mit seinen näheren Freunden an der Forderung des Befähigungsnachweises und der Zwangsunterrichtung festhalte, aber nicht gegen eine Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission stimmen wolle, da er die Hoffnung habe, daß aus der Kommissionsberatung noch „etwas Brauchbares“ herauskommen könne, vorausgesetzt, daß die Regierung sich nicht ablehnend gegen alle Vorschläge verhalte.

Obgleich die Konvertierung der 3 1/2-prozentigen niederländischen Staatsanleihe bereits seit einem Jahre vor sich geht, so ist von dem dadurch gebotenen Umtausch zum Umtausch gegen Obligationen der neuen Prozentsätze noch bisher für Schuldverschreibungen zum Nennwerthe von mehr als 1 000 000 fl. noch kein Gebrauch gemacht worden. Man hat deshalb niederländischerseits Veranlassung genommen, die Inhaber alter Schuldverschreibungen auf die Nothwendigkeit des baldigen Umtausches hinzuweisen, damit sie sich vor Geldverlusten schützen.

Der Ausschuss der deutschen Kolonial-Gesellschaft hielt am 26. März eine Sitzung ab, um über den Entwurf des Auswanderungsgesetzes zu beraten. Referenten waren die Herren von Bornhaupt und Staatsminister von Hofmann. Aus den Debatten ist hervorzuheben, daß der Ausschuss der allgemeinen Tendenzen des Gesetzes Entwurf seine volle Zustimmung aussprach und durch denselben die Lenkung der Auswanderung im nationalen Sinne für möglich hielt.

Nach den Beschlüssen des Abgeordneten-Hauses in zweiter Lesung sind bei den Vorschlagsverbesserungen gegen die Vorlage folgende Änderungen getroffen worden: Für den Oberpräsidenten der Oberrechnungskammer sind 2000 Mark Repräsentationskosten abgelehnt. Die Repräsentationskosten für die Oberpräsidenten und den Präsidenten des Oberkirchenrats sind in nicht pensionsfähige Stellenzulagen umgewandelt. Das Gehalt der Unterkassendirektoren ist auf 18 000 Mark festgesetzt. Auch für die Regierungspräsidenten sind die Repräsentationskosten in nicht pensionsfähige Stellenzulagen umgewandelt. Der Polizeipräsident von Berlin erhält 12 000 Mark Gehalt und statt der Hofzulage 3000 Mark nicht pensionsfähige Stellenzulage. Der Staatskommissar bei der Berliner Börse erhält 9900 Mark und eine Funktionszulage bis zur Höhe von 5 100 Mark. Bei den Ruratoren der Universitäten in Greifswald, Halle, Göttingen und Marburg ist das Gehalt von 9000 Mark gebilligt. Bei den ausstehenden Gehältern sind die Höhe folgendermaßen festgesetzt: Für die Professoren bei den Forstakademien 4100 bis 6900 Mark, Durchschnitt 5500 Mark, Richter und Staatsanwälte 3000—6600 Mark, Durchschnitt 4800 Mark in Abteilungen von 600 Mark, Registratoren, Bibliothekare und Beamte des fotografischen Bureaus in dem Landtage 3000—6000 Mark, Lehrer an den thierärztlichen Schulen höchsten 6000 Mark, Durchschnitt 4500 Mark, außerdem 1/4 der Honorare, jedoch nicht über 1500 Mark, Spezialkommissare 2700—5700 Mark, Oberbergamtsmarschälle 3600—5400 Mark, Spezialkommissare der Klasse der Regierungsräthe 2700—5000 Mark, Gefängnis- und Anstaltsgeistliche 2400

bis 4300 Mark, Hauptzoll- und Hauptsteueramtskontrolleure u. s. w. 2700—4200 Mark, außerdem künftig wegfallend je 300 Mark pensionsfähige Zulage für die Revisionsinspektoren und Obersteuerkontrolleure in Berlin, Osnabrück in Harburg und Seestemünde 2700 bis 4200 Mark, ebenso Kommando- und Navigationslehrer 3000—4500 Mark, Polizeileutnants und Kriminalkommissare in Berlin und Charlottenburg 2700—4200 Mark, Oberförstmeister 2700—4200 Mark, definitiv angestellte Zeichenlehrer bei den höheren Lehranstalten in Berlin und in den Provinzen, sonstige technische Lehrer, Elementar- und Vorkurslehrer bei den höheren Lehranstalten in Berlin 1800—3600 Mark, Navigationsvorleser 1500—2700 Mark. Die von der Kommission beschlossenen Resolutionen lauten:

I. Die königliche Staatsregierung zu eruchen, die in Folge der Beschlüsse des Landtages erforderlich werdende anderweitige Regelung eines Theiles der Deutscher-Kassen nach den seit der Anwendung gebrachten Grundsätzen herbeizuführen.

II. Die königliche Staatsregierung zu eruchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Ausführung der Bestimmungen über die Beförderungsdauer der Beamten, bei deren Beförderung die Beförderungsdauer herabgesetzt wird, gegenüber ihren gegenwärtigen Gehaltsverhältnissen auch nicht vorübergehend ungünstiger gestellt werden.

III. Die königliche Staatsregierung zu eruchen, baldmöglichst eine Ausdehnung der bei einzelnen Kategorien von Unterbeamten seit ihrer letzten Gehaltssteigerung hervorgetretenen Härten und Ungleichheiten herbeizuführen und zum Zweck dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage zu gehen zu lassen.

IV. Die königliche Staatsregierung aufzufordern, von Aufschub wegen bei den Universitäten 1. für die Vorlesungshonorare Magistralen einzuführen, 2. darauf Bedacht zu nehmen, daß die Stundung der Honorare allmählich durch Einführung eines Gehaltssystems beseitigt wird.

**Schweiz, 2. April.** Das „Schw. Kreuz.“ meldet: Bei der hiesigen Reichstagswahl erhielt Volk-Parli (Reichsp.) 6956 und v. Sals-Zaworski (Volk) 7972 Stimmen; dieser ist demnach gewählt.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 2. April.** Die Staatsanwaltschaft stellte heute den Antrag, die strafgerichtliche Untersuchung wegen Betruges auch auf Morandi und den Agenten Wandel auszudehnen. Wie verlautet, wird keine der Parteien gegen diesen Antrag Berufung einlegen, um die Angelegenheit so rasch wie möglich ins Klare zu bringen.

### England.

**London, 2. April.** Wie amtlich bekannt gegeben wird, hat Königin Viktoria folgende Ordensauszeichnungen verliehen: Das Großkreuz des Viktorien-Ordens dem Inspektor der Jäger und Schützen, General-Lieutenant von Müller in Berlin, das Ritter-Kommandeur-Kreuz desselben Ordens dem Hausmarschall der Kaiserin Friedrich, von Weisbach, und das Kommandeur-Kreuz desselben Ordens dem Kommandeur des Infanterie-Regiments von Zieten (brandenburgisches) Nr. 3, Obersten von Dollard-Dodelberg.

**London, 2. April.** Unterhaus. Diste glaubt, es sei die Pflicht der Regierung, diejenigen europäischen Mächte, welche Beschlüssen in Afrika haben, zu befragen, ob sie eine Konferenz zum Zwecke weiterer Maßnahmen zur Sicherung einer guten Behandlung der Eingeborenen beschließen würden. Parlaments-Sekretär des Äußeren Gerson erwidert, der Gegenstand sei höchst wichtig. Wenn die Bestimmungen der Brüsseler Konferenz vom Kongogebiet ausgingen, so trage England keine spezielle Verantwortung dafür; England trage nur einen Theil der Kollektiv-Verantwortlichkeit der Vertragsmächte. Zweifelloso habe die Verwaltung des Kongogebietes große Mißgriffe gemacht, aber sie habe eine große Aufgabe; das Aufheben der Sklaverei in einem großen Theile des Gebietes des Kongogebietes sei ihr zu zureichen. Was das Kongogebiet betreffe, so England die Verantwortung trage, so sei die Verantwortung, daß England dort ein ungünstiges Monopol besitze, welches die Bestimmungen der Brüsseler Konferenz verletze, abgelehnt. Betreffend die Frage der geistigen Getränke sei eine Revision der Steuer gemäß der Brüsseler Akte nicht obligatorisch, sondern fakultativ. England habe keine Befugnis, in der Sache allein vorzugehen.

**London, 2. April.** Der letzte der Jameson'schen Offiziere, welcher sich noch im Solloway-Gefängnis in Ost-Beth, Sir John Willoughby, ist freigelassen worden, um vor dem südafrikanischen Untersuchungs-Ausschuss zu zeugen. Er hat eigentlich noch zwei Monate abzusitzen. Am Montag traf der Befehl, Sir John zu entlassen, in Solloway ein. Am 1. Uhr fuhr er in einer Droschke nach dem Burlington-Hotel, wo er einsteigen wollte. Der Vorwand, daß er ein Zeuge vor dem südafrikanischen Untersuchungs-Ausschuss auftreten muß, ist ja ein vorläufiger. Vielleicht hätte dieses Verbot ja auch aufgehoben werden können, bis er seine Strafzeit völlig abgeleistet hätte. Oder hat Sir John Willoughby so dringende Enthüllungen zu machen?

### Nach dem Norden.

In Stockholm wird in diesem Jahre die vierte große nordische Ausstellung stattfinden und diese jetzt haben die Vorbereitungen begonnen, um dieselbe interessant zu gestalten; es werden sich Norwegen und Schweden betheiligen, darüber hinaus aber hat England mit dem Großfürstenthum Finnland die Beschickung sowohl auf künstlerischem wie auf national-industriellem Gebiete offiziell angezeigt. Vollständig international wird nur die Kunstausstellung sein, für deren Beschickung sich überall Komitees gebildet haben, nicht zum wenigsten in Deutschland. Aus der Reihe des Ausstellers, welcher sich in unserer Heimat gebildet hat, um diese Kunstausstellung zu fördern, nennen wir: Oswald Ackensack, Max Klingner, Edward von Gebhard, Louis Knaus, Gotthard Kist, Wilhelm Reibel, Franz von Lenbach, Max Liebermann, Adolf Mengel, Franz Sind, Hans Thoma, Fritz von Uhde und Anton von Werner. An der Spitze

des Ausstellungs-Komitees steht der Kronprinz von Schweden und Norwegen, an der der Kunstausstellung Prinz Eugen. Der Besuch der Ausstellung dürfte auch von Deutschland sehr reger sein und ist Vorfrage getroffen, daß eine bequeme Reise-Gelegenheit geboten ist. Die „Internationale Reise-Gesellschaft Kurier“, deren Checkbuch-System sich während der vorjährigen Berliner Gewerbe-Ausstellung bewährte, ist vom geschäftsführenden Komitee der 1897er Stockholmer Ausstellung als „Offizielles Verkehrs-Bureau und Auskunftsstelle für Deutschland und Oesterreich“ bestellt worden. Der Kurier hat für die Besucher der Stockholmer Ausstellung ein Checkbuch zusammengestellt, das in reichhaltiger Weise ausgestattet ist. Neben dem Reiseticket zweiter Klasse, Berlin-Stockholm über die neue und kürzeste Route Scharnholtz-Reckeberg (ca. vierundzwanzigstündige Fahrtdauer, nur 4 Stunden auf See) — enthält dieses Checkbuch Anweisungen auf einen vollständigen fünftägigen Aufenthalt in Stockholm, darin Wohnung, Verpflegung, täglicher Besuch der Ausstellung, Ausflüge in die herrliche Umgebung Stockholms, nach Stanen, Drottningholm und Saltsjöbaden, Fahrten mit Salondampfern u. s. w. alles entgegengenommen ist. Der Kurier bringt diese Checkbücher inkl. Reisebillet und aller Anweisungen zum Preise von 250 Mark in den Verkehr. Jeder Checkbuch-Inhaber ist gegen die Gefahren eines Unfalles versichert und hat bei event. Erkrankung Anspruch auf freie ärztliche Behandlung. Zur Erleichterung des Verkehrs wird der Kurier vom 1. Mai ab auch in Stockholm ein Verkehrs-Bureau eröffnen und für die größtmögliche Bequemlichkeit der Checkbuch-Besitzer Sorge tragen. Auch kann die Reise nach Stockholm über Stettin oder Hamburg, je nach Wunsch, eingerichtet werden. Ausführlichen Prospekt verlange man gratis und franko von der Reise-Gesellschaft Kurier, Berlin, Unter den Linden 15.

### Stettiner Nachrichten.

**Stettin, 3. April.** Die Lieferung von ca. 540 Kubikmeter Ziegelfeinstocher wurde seitens der Hochbaudeputation an den Unternehmer S. Reichel hierseits für den Preis von 1950 Mark vergeben. — Von der Tiefbaudeputation wurden folgende Lieferungen und Arbeiten für die Unterhaltung der Kanalisationsanlagen vergeben: Lieferung von 3600 Kubikmeter Kies und Zementballen an Unternehmer C. Frig hier für 10 800 Mark; Mauerarbeiten an Steinmetzmeister A. Neumann für 418 Mark; Lieferung von Karbol-säure an Th. P. Se zum Preise von 18 Pf. per Kilo; Lieferung von 1000 Kilogramm Nachstrich an die Firma Emil Herrmann Nachf. hier für 38 Pf. per Kilo; Lieferung von 39 000 Kilogramm Gusszeug als Kanalisationsmaterial an die Maschinenfabrik von Vehren in Paderborn für 4632.50 Mark; Lieferung von 3000 laufenden Metern Zementrohren an Hofmann u. Co. in Wunzig für 9658 Mark; Lieferung des Bedarfs an Betonmauern für das Verwaltungsjahr 1897—98 an die Zementsteinmaaren-Fabrik „Romer“ in Grabow für 18 041.95 Mark und endlich die Lieferung von 2400 Quadratmeter für Mauerarbeiten bei Unterhaltung der Kanalisation an die Bredder Zementfabrik für 175 Mark per Quadrat. Ferner erhielt die Tiefbaudeputation den Zuschlag auf ein Angebot zur Unterhaltung der Abfallgruppen im städtischen Hofenrevier an den Holzhandl. W. Wolff hier für 11 640 Mark auf das Etatsjahr 1897—98. Zu liefern sind 437 Kubikmeter Sand.

In einer auf gestern Abend in der Philharmonie einberufenen Versammlung wurde die Konstituierung einer „Beamten-Genossenschaft“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, beschlossen und wurden die vorgelagerten Satzungen gleich von 77 Genossenschaftlichen unterzeichnet. Die Genossenschaft macht sich die Herstellung billiger und gesunder Wohnhäuser für ihre Mitglieder zur Aufgabe. Jeder Genosse hat ein Eintrittsgeld von 2 Mark zu zahlen und ist in Höhe seines auf 500 Mark bemessenen Geschäftsanteils haftbar. Mitglieder kann sofort durch eingezahlte oder in Monatsraten von 2 Mark abgetragen werden. Mehr als 10 Geschäftsanteile kann ein Genosse nicht erwerben. In den Vorstand der neubegründeten Genossenschaft wurden gewählt die Herren Amtsgerichtsrath Dr. a. u. (Vorsitzender), Eisenbahnschaffmeister L. B. (stellv. Vorsitzender), Ober-Postsekretär a. D. Springmann (Kassenführer), Zeichenlehrer Lohke und Eisenbahnbetriebs-Sekretär Hoffmann (Beisitzer). Der Aufsichtsrath bilden die Herren: Landesdirektions-Sekretär Meißner, Sekretär Scheffler, Eisenbahnbauamtsleiter Augustin, Regierungs-Bauamtsleiter G. G. (stellv.), Telegraphen-Sekretär D. u. (stellv.), Hauptverwaltungs-Affizient Koppe, Magistrats-Assistent Neumann und Provinzial-Sekretär Bartel.

In den Monaten Januar bis März 1897 wurden hier 24 205 amerikanische Speditions- und Schindeln amtlich untersucht, davon wurden 18 als richtig befunden.

Die erste diesjährige General-Versammlung der Schützen-Kompagnie der Bürger findet am 22. April, Abends 7 Uhr, im Schießplatz statt; in derselben erfolgt die Rechnungslegung für das Vorjahr und die Festsetzung des Etats für 1897—98.

Für das am Dienstag im Stadt-Theater mit „Othello“ beginnende Gastspiel Lubig Barnab's macht sich bereits reges Interesse bemerkbar. Die Gastspiele finden zu Oprenpreisen statt, doch haben Gutscheine mit Aufzahlung von 1 Mark Gültigkeit. Im Bellevue-Theater wird auch in den nächsten Tagen Dampmann's „Verfälschte Glöde“ den Spielplan beherrschen.

In den Zentralthallen finden am morgigen Sonntag wieder zwei Vorstellungen statt, von denen die Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen stattfindet. In beiden Vorstellungen tritt das neue, mit großem Beifall aufgenommene Spezialitäten-Ensemble auf.

Das Concordia-Theater hat mit seinem Neuengebäude Glück gehabt; es befindet sich darunter recht bemerkenswerte Kräfte, so die Doppel-Jongleure Mr. Carré und



Stärzug mit 328 Mann angekommen.